



# Tibet und die Medien: Ungebetene Ratgeber aller Orten

von Klemens Ludwig

Seit dem schweren Erdbeben im Himalaya, das in der Nacht vom 11. auf den 12. Mai 2008 mindestens 70.000 Opfer gefordert hat, ist Tibet nur noch ein Randthema in den Medien. Die angebliche Offenheit, mit der die Führung in Peking auf die Katastrophe reagiert hat, hat ihr viele Sympathien weltweit eingebracht und Kritik am Vorgehen in Tibet pietätlos erscheinen lassen. Das ist schon deshalb seltsam, weil Tibet von dem Erdbeben ebenso betroffen war. Das Epizentrum lag in der Gebirgsregion Gyalrong, die im historischen Tibet den Ostteil der Provinz Kham markiert hat. Heute ist sie aufgeteilt in die autonomen Präfekturen Ngaba und Kandze, und in diesem Gebiet leben Khampa. Die Medienvertreter haben nicht nach ihrem Schicksal gefragt.

Nach den Unruhen im März 2008 war Tibet in allen Medien präsent. Nach einigen Wochen meldeten sich auch kritische Stimmen zu Wort. Klemens Ludwig untersucht die verschiedenen Beiträge auf ihre Stichhaltigkeit.



Schon vorher hatte die chinesische Nachrichtensperre, die nach den Unruhen vom März über Tibet verhängt worden war, Wirkung gezeigt. Die wenigen Versuche, sie zu lockern, endeten für die kommunistische Führung mit einem Desaster. Mönche im Jokhang-Tempel und im Kloster Labrang riefen unter den Augen der Soldaten: „Tibet ist nicht frei!“ „Glaubt ihnen nicht, sie täuschen Euch, sie erzählen Lügen!“

Derartig mutige Aktionen konnten jedoch nicht verhindern, dass die Berichterstattung über den Tibet-Konflikt nicht nur weniger geworden ist, sondern sich auch verändert hat. Immer mehr „Experten“ melden sich zu Wort, die schon immer gewusst haben, wie der Tibet-Konflikt wirklich einzuschätzen ist und wie man zu einer Lösung kommt. Unter den Autoren befindet sich hochkarätige politische Prominenz, allen voran die Altkanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder.

## Das Engagement der Altkanzler

Helmut Schmidt, 89, hat sich seit dem Ende seiner Kanzlerschaft immer wieder zu zentralen politischen Fragen geäußert. Doch kein Thema scheint ihn so sehr zu bewegen wie der Tibet-Konflikt und die Kritik an Peking, die er als „antichinesische Proteste und Propaganda“ charakterisiert. In einem Grundsatzartikel auf Seite 1 in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“, zu deren Mitherausgebern er gehört, schreibt er am 15. Mai: „Der Dalai Lama war als Oberpriester einer lamaistischen Sekte zugleich das weltliche Oberhaupt aller Tibeter.... Die Kommunisten haben den lamaistischen Klöstern Teile ihres großen Landbesitzes genommen und die Leibeigenschaft der Bauern beendet...[Sie] haben in den letzten Jahrzehnten moderne Technologie und Infrastruktur nach Tibet gebracht, sie haben Straßen, Flughäfen und sogar eine Eisenbahn nach Lhasa gebaut; und die Mönche sind heute

per Handy und Internet mit der Außenwelt verbunden.“ Die Argumentation geht an den Bedürfnissen der Tibeter vorbei, denn erstens profitieren nicht sie, sondern vorrangig die chinesischen Siedler von der „Entwicklung“, und zweitens ist ihnen religiöse und politische Freiheit wichtiger als alles andere.

Genau das räumt Schmidt auch ein: „Die Mönche kämpfen nicht nur für Menschenrechte, sondern vielmehr für die Interessen ihrer Klöster und für den tibetischen Nationalismus“. Zu den geschätzten 200 Toten und 5.000 Verhafteten fällt dem Altkanzler ein: „Man scheint an Ort und Stelle in Tibet überreagiert zu haben....“

Wie sehr die Kritik an der VR China dem Altkanzler seine berühmte hanseatische Contenance nimmt, zeigt sein Seitenhieb auf „deutsche Provinz-Politiker“, womit vermutlich nicht irgendwelche Kreisvorsitzenden gemeint sind. Das sind keine einzelnen Ausfälle des Altkanzlers. Solche Bemerkungen zeugen davon, wie emotional er das Thema China behandelt.

In einer vielbeachteten Talkshow mit Sandra Maischberger sowie in öffentlichen Vorträgen ging Schmidt noch weiter und warnte „den Westen“ davor, seine Maßstäbe von Menschenrechten auf China übertragen zu wollen. Damit rückt er von der sozialdemokratischen Tradition ab, sich für die Menschenrechte zu engagieren.

Bei so viel China-Sympathie wollte Altkanzler Gerhard Schröder nicht zurückstehen. Ebenfalls in der ZEIT wandte er sich gegen „Rituale beim Thema Menschenrechte“. Die chinesische Regierung müsse als Modernisierungspartner unterstützt werden, aber nicht im Sinne einer Belehrung, ... sondern durch eine „Hilfestellung beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit“. Nachdrücklich fordert er, „Wir sollten dem Land mehr Respekt zollen“. Respekt gegenüber der tibetisch-buddhistischen Kultur dagegen scheint für ihn kein Thema zu sein.

## Sklaverei und bittere Armut?

Eng mit Schmidt verbunden ist einer der einflussreichsten deutschen China-Experten, den die Medien zum Tibet-Experten erhoben haben, der Politologe Prof. Eberhard Sandschneider, Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Kaum jemand verzeichnete in den letzten Monaten beim Thema Tibet eine derartige Medienpräsenz wie er. Mit Gastbeiträgen, Kommentaren und Interviews hatte er maßgeblichen Anteil daran, dass sich die im Frühjahr positive Berichterstattung über Tibet gedreht hat.

Exemplarisch für seine Argumentation ist ein Interview, das am 24. Juli in der Südwest Presse (Ulm) erschienen ist. Sandschneider behauptet: „Bis zur chinesischen Invasion 1950 war Tibet gekennzeichnet durch Priesterherrschaft, Feudalismus und Sklaverei.“

Dass es im alten Tibet feudale Strukturen gab, wird niemand leugnen. Die Existenz von Sklaverei in Tibet ist jedoch eine Erfindung der chinesischen Kommunisten, um ihre Invasion zu rechtfertigen. In keiner der zeitgenössischen Quellen europäischer Reisender, die häufig nicht sehr pro-tibetisch waren – von Johann Grueber bis Sir Charles Bell – finden sich Hinweise darauf.

Zudem ignoriert Sandschneider, dass es seit den 1920er Jahren eine eigenständige tibetische Reformbewegung gab, die letztlich von den Chinesen zerschlagen wurde, da sie nicht in ihr Bild passte. Der geistige Vater der Bewegung, Gedun Choephel, wird vom Dalai Lama als „Vorbild“ bezeichnet.

Sandschneider weiter: „Als eigener Staat wäre Tibet überhaupt nicht lebensfähig. Es hängt längst vollkommen am Tropf Chinas.“ Warum heißt Tibet dann im Chinesischen Xizang, übersetzt „Schatzhaus des Westens“? Vermutlich nicht, weil es ein lebensunfähiges Armenhaus ist. China hat schon immer ein Auge auf die immensen Rohstoffe Tibets (Holz, Gold, Uran, Kupfer, Eisen...) gewor-



fen, und die Besetzung zielte auch darauf ab, diese auszubeuten.

Sandscheider analysiert: „Hinter dem Dalai Lama gibt es große Konflikte und Machtkämpfe über den richtigen politischen Weg.“ Die Tibeter haben im Exil demokratische Strukturen aufgebaut, nur so können Meinungsverschiedenheiten überhaupt zum Ausdruck gebracht werden. Die Konflikte um den ‚richtigen politischen Weg‘ werden in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Ganz anders als in China. Und auf die Frage

in Tibet schob sie bei der Gelegenheit der Kulturrevolution (1966–1976) zu, eine Sichtweise, die auch in seriösen Zeitungen in der letzten Zeit häufig zu lesen war.

Tatsache ist: Der Feldzug gegen die tibetische Kultur begann nach der Flucht des Dalai Lama 1959; das wird nicht nur von Tibetern behauptet, sondern inzwischen von offiziellen chinesischen Quellen bestätigt. 1987 hat der damalige Vizepartei- chef von Tibet, Pu Qiong, Zahlen vorgelegt, wonach 80 Prozent der Klöster und

sprache statt. Doch Peking scheint nicht an ernsthaften Verhandlungen interessiert. Die Regierung leugnet bis heute das Tibet-Problem. Diese desillusionierende Erkenntnis mussten die tibetischen Unterhändler schon im Frühsommer 2007 machen, Monate vor der „Blitzlichtreise“ des Dalai Lama, und sie zieht sich bis in die Gegenwart hinein. Die Gespräche im Juli, die Peking auf internationalen Druck nach den Unruhen angeboten hatte, brachten ebenfalls keine konkreten Ergebnisse.

### ***Helmut Schmidt übergeht in seiner Argumentation die Bedürfnisse der Tibeter, denen religiöse Freiheit das Wichtigste ist.***

‚Was raten Sie dem Dalai Lama‘, antwortet er: „Wer etwas für die Tibeter erreichen will, dessen Weg muss über Peking führen. Er kann nur mit einem konstruktiven Dialog etwas erreichen“. Das klingt wie ein Zitat des Dalai Lama, aber Sandschneider scheint, genau wie Peking, dessen Aussagen nicht hören zu wollen.

#### **Ein neuer kalter Krieg?**

Eine weitere Prominente, die sich frühzeitig bemüht hat, das Tibetbild der Öffentlichkeit im Sinne der chinesischen Regierung zu beeinflussen, ist die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer. Vor etwa zehn Jahren gab sie sich ernsthaft der Illusion hin, sie selbst könne dafür sorgen, dass der Dalai Lama nach Tibet zurückkehrt. Dafür wollte sie – ganz diskret – zwischen den Parteien vermitteln, aber niemand in China nahm ihre Bemühungen ernst.

Das hielt Vollmer nicht davon ab, sich immer mehr die Position Pekings zu Eigen zu machen. In einem Interview in der ZEIT polemisierte sie bereits im vergangenen Herbst gegen den Empfang des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Verantwortung für die Zerstörungen

94 Prozent der Mönche bereits vor Beginn der Kulturrevolution Opfer religiöser Intoleranz geworden waren; zu einer Zeit mithin, als in China noch eine gewisse Religionsfreiheit geherrscht hat.

Antje Vollmer legte nach: In der Süddeutschen Zeitung war am 15. April von ihr zu lesen, die Tibet-Frage werde vom Westen benutzt, um einen neuen Kalten Krieg „gegen das gerade zur Weltmacht aufsteigende China“ vorzubereiten. Und Schuld an der Tragödie sind die Tibeter selbst, während Frau Vollmer schon immer gewusst hat, worauf es wirklich ankommt: „Die entscheidende Chance [für einen Dialog] wurde nicht rechtzeitig genutzt. Das ließ sich schon ahnen, als im Sommer [2007] statt einer enormen Intensivierung der geheimen Gespräche zwischen den Chinesen und den Tibetern der Dalai Lama seine Blitzlichtreise vom Kapitol in Washington zum Kanzleramt von Angela Merkel, zum kanadischen Präsidenten etc. antrat. Zu dieser Zeit, als absolute Stille hätte herrschen müssen, damit man in der Sache noch etwas weiter kommt, wurde die Tibet-Frage zu einem Pop-Phänomen.“

Seit Jahrzehnten bemüht sich die tibetische Seite um einen ernsthaften Dialog, seit 2002 finden zwar Ge-

Aber von den Fakten lässt sich die ehemalige Grüne Politikerin nicht beirren, sie prognostiziert allen, die eine Änderung der chinesischen Politik erzwingen wollen, „einen katastrophalen Fehlschlag“.

Auch von weniger prominenter Seite häuften sich die ungebeten Ratschläge. Einige Autoren legitimieren sich durch entwicklungspolitische Tätigkeiten in China. Das muss nicht gegen sie sprechen, doch ihre Artikel machen deutlich, dass ein Aufenthalt in China noch keine Tibet-Experten hervorbringt.

Kerstin Leitner, Mitarbeiterin vom UNDP, die dem Dalai Lama im Tagesspiegel vom 18. April nahelegt, „ins Kloster zu gehen“, ist auch um Ratschläge an Parteichef Hu Jintao nicht verlegen: „Und auch Parteichef Hu Jintao wäre gut beraten, einen neuen Parteisekretär nach Tibet zu schicken.“

Zhang Qingli, der seit November 2005 als KP-Chef in der sog. Autonomen Region Tibet fungiert, ist in der Tat ein extremer Verfechter einer harten Linie – und ein enger Vertrauter von Hu Jintao, der ihn in dieses Amt befördert hat. Er folgt nur dem Vorbild seines großen Gönners: Bei den letzten schweren Unruhen in Tibet, als im März 1989 das Kriegsrecht verhängt und mindestens 300 Menschen

erschossen wurden, hieß der lokale KP-Generalsekretär Hu Jintao. Damals begann dessen steile Karriere. Warum sollte er nun seinen treuen Gefolgsmann verstoßen?

Der Tenor all dieser Autoren – zu denen auch die Publizisten Peter Scholl-Latour und Gerd Ruge, der Politologe Prof. Thomas Heberer, der Asienhaus-Geschäftsführers Klaus Fritsche und andere zählen – ist ähnlich: Man dürfe keinen Druck auf China ausüben, das nicht allein für die Krise in Tibet verantwortlich sei,

weil dem das Grundprinzip des aus dem Gewaltverbot hervorgehenden Annexionsverbots entgegensteht. Die Effektivität tatsächlicher Herrschergewalt über ein Gebiet vermag keinen Gebietserwerb zu bewirken, der sich nicht im Rahmen des Völkerrechts hält.“

### Verschwörung aus dem Exil

Mit einer ausführlichen Analyse zur Lage in Tibet meldete sich der Sinologe und Tibetreisende Andreas Gruschke in „Das neue China“ zu Wort. Während er sich bei der Frage nach den Perspektiven, die sich aus den Unruhen ergeben, um eine etwas differenziertere Sichtweise bemüht und auch vorsichtig die chinesische Führung in die Verantwortung nimmt, liegt er bei der Frage nach den Ursachen auf einer Linie mit Peking.

Die Aktionen vom März waren „ganz offensichtlich koordiniert und gesteuert aus dem Exil.“ Doch Beweise blieben er und auch die chinesische Regierung, die das immer wieder behauptet, schuldig. Gruschke findet: „Selbst wenn sie es gewiss nicht einfach haben, gewannen Tibeter in den letzten Jahren doch endlich mehr Einfluss und Chancen. Auf einen Schlag wird durch die aus dem Exil gesteuerten Unruhen alles zunichte gemacht – durch Unruhestifter, die im Exil oder ihrer westlichen Heimat laut schreien und trommeln...“

Gruschke nennt zwei Anhaltspunkte für seine These von den ferngesteuerten Unruhen: „Eine auffällige Gemeinsamkeit dieser Orte [an denen es zu den Unruhen kam] ist, dass sie vorwiegend durch Gelugpa-Präsenz geprägt sind. So lag zumindest für die chinesischen Behörden nahe, dass das Ganze aus dem Exil organisiert wurde.“ Und zweitens: „Im Januar 2008, nur zwei Monate vor den Unruhen, verkündeten Organisationen mit Sitz in Indien die Errichtung eines „Tibetan People’s Uprising Movement“ und dass der Aufstand am 10. März beginnen würde“.

Gruschke sollte wissen, dass der größte Teil von Tibet „vorwiegend durch Gelugpa-Präsenz geprägt“ ist, seit diese im 17. Jahrhundert unter dem 5. Dalai Lama mit mongolischer Hilfe die Vorherrschaft in Tibet übernommen und die rivalisierenden Schulen in die südlichen Gebiete wie Bhutan und Sikkim abgedrängt haben.

Die „Errichtung eines „Tibetan People’s Uprising Movement“ ist ebenfalls weit weniger spektakulär als es erscheinen könnte. Es handelt sich dabei um eine Initiative vom Tibetan Youth Congress (TYC), der Tibetan Women’s Association, der Gu-Chu-Sum Bewegung, der National Democratic Party of Tibet sowie der indischen Sektion von Students for a Free Tibet. Diese Organisationen, vor allem der TYC als deren Motor, propagieren seit Jahrzehnten Aktionen in Tibet. Dass sie damit ausgerechnet jetzt so erfolgreich sein sollen, ist kaum denkbar. Überhaupt mag Gruschke Vergleiche. Dass in Tibet die „exiltibetische Fahne“ Grund zu Verfolgung und Verhaftung gibt, ist für ihn „vergleichbar etwa mit den Folgen für die Zuwiderhandlung gegen das gesetzliche Verbot der Anwendung von Hitlergruß oder anderer Nazisymbole sowie der Leugnung des Holocausts“.

Gruschkes Hetze gegen die Exil-Tibeter offenbart sich dadurch, wenn er diese Organisationen unverblümt mit der deutschen RAF in einen Topf wirft: „Es gibt durchaus Stimmen im Exil, die meinen, die Tibeter in Tibet selbst könnten durch die Verschlimmerung ihrer politischen Situation unter Druck gesetzt werden, damit sie sich gegen China erheben. Dies entspricht einer terroristischen Ideologie, wie wir sie im Deutschland der 1960er und 1970er Jahre kennen gelernt haben.“

Zu erwähnen im Kreis der rührigen China-Lobby ist noch das Online-Forum „German-Foreign-Policy“ aus Köln. Unter dem seriösen Namen verbirgt sich eine linksextreme Gruppe um den Geschäftsführer Horst Teubert, die es sich zum Ziel gesetzt hat, „das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet kontinuierlich zu beob-



Tibeter fühlen sich in ihrer Hauptstadt Lhasa wie in einer fremden Welt.

und müsse den Konflikt differenziert sehen; so differenziert, dass am Ende gar nicht mehr klar ist, wer Opfer ist und wer Aggressor:

„Erstens meine ich, dass Tibet völkerrechtlich keinesfalls einfach ein besetztes Land ist...Im Jahr 1950 vollzog China das, was es als Wiederherstellung seiner legitimen Rechte ansah“, so Heberer. Da er kein Jurist ist, sei auf den Wissenschaftlichen Fachdienst des Deutschen Bundestages verwiesen, der nicht im Verdacht steht, parteiisch zu sein: Dieser schreibt: „Zum Zeitpunkt der gewaltsamen Einverleibung Tibets in den chinesischen Staatsverband war Tibet ein unabhängiger Staat. China hat keinen wirksamen Gebietstitel erwor-



achten.“ Klar, dass in dem Rahmen jede Kritik an der VR China als neuer kalter Krieg gilt.

## Was eint Helmut Schmidt und Linksradikale?

Die Frage ist: Was verbindet, wenn es um Tibet geht, einen Altbundeskanzler, der zu Beginn der Reagan-Ära der treueste Verbündete der USA in Europa war, mit linksradikalen Splittergruppen? Was einen renommierten Politologieprofessor mit Alt-Maoisten?

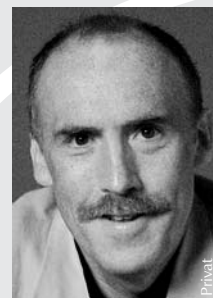
Geschäftsinteressen in einem boomenden Wirtschaftswunderland und Nachklänge einer revolutionären Romantik spielen sicher eine wichtige Rolle, erklären aber nicht alles. Die heftige und weitgehend unreflektierte Polemik gegen Tibet hat seine Ursache auch in tief sitzenden Vorbehalten gegenüber einem System, in

dem die Geistlichen eine wichtige Rolle gespielt haben.

Zweifellos war das alte Tibet alles andere als ein theokratischer Musterstaat. Ich kenne heute kaum jemanden, der die Verhältnisse im alten Tibet als „Shangri-la“, als „Insel der Seligen“ romantisiert. Das ist eher eine Erfindung der Tibet-Gegner, um diejenigen zu diskreditieren, die für Völker- und Menschenrechte in Tibet eintreten, unabhängig davon, ob es sich um ein religiös geprägtes Land handelt oder ein säkulares.

Einigen Menschen aus dem aufgeklärten Abendland fällt es ausgesprochen schwer, Verständnis für ein Land aufzubringen, in dem die Religion eine so große Rolle spielt und der Klerus so einflussreich ist. Interessanter Weise fordern dieselben Personen, die Tibet für seine religiöse Ausrichtung kritisieren, man dürfe China nicht an westlich-abendländischen Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten messen. Dies ist ein eklatanter Widerspruch in sich.

Würden die Tibet-Kritiker die kulturrelativistischen Maßstäbe, die sie lautstark für China fordern, selbst gegenüber Tibet akzeptieren, wäre mancher Kampf um die Deutungshoheit überflüssig.



Klemens Ludwig ist Publizist mit dem Schwerpunkt Asien. Sein jüngstes Buch „Dalai Lama. Botschafter des Mitgefühls“ erschien im Frühjahr 2008 im Beck-Verlag. Weitere Informationen: [www.tibet-ludwig.de](http://www.tibet-ludwig.de)



### JOE FAR TOURS - Ihr Partner für Tibet-Reisen

- ▶ Reiseleitung durch den bekannten Buchautor Prof. Hans Först
- ▶ langjährige Erfahrung und kompetente Partner vor Ort
- ▶ Sonderreisen zu religiösen und weltlichen Festen

zum Beispiel:

#### "Neujahrsfeste der Dong, Miao und Tibeter (Aba!!)"

25. 1. - 13. 2. 2009, Euro 3.790,-

#### "10x Weltkulturerbe in China"

3. - 19. 4. 2009, Euro 3.490,-

#### "Kulturreise Westt Tibet (ohne Kailashumrundung)"

27. 4. - 22. 5. 2009, Euro 5.050,-

#### "Feste in Zentraltibet"

29. 5. - 16. 6. 2009, Euro 3.850,-

#### "Feste in Osttibet (erstmalig mit 4 Festen!!)"

22. 7. - 11. 8. 2009, Euro 4.290,-

#### "Verborgene Schätze in Tibet (mit Fest)"

Sept 2009, Preis auf Anfrage

### Informationen, Programme und Buchung bei:

JOE FAR TOURS Reisen GesmbH  
Otto-Bauer-Gasse 18  
A - 1060 Wien

Telefon: +43 (0)1 504 13 86  
Fax: +43 (0)1 504 13 89